

schluß der Unternehmerverbände verschiedener Berufe in einer Zentrale gestattete noch den weiteren Schritt, den Angriffs- oder Abwehrstreik. Der Arbeiter irgend eines Berufs mit der Aussperrung der Arbeiter anderer Gewerbe, die mit dem zuerst betroffenen in gar keiner Verbindung stehen, zu beantworten, wie es z. B. in Schweden bis zum Großstreik im Jahre 1909 an der Tagesordnung war. Dieses Vorgehen soll bewirken, daß die Geldmittel der organisierten Arbeiter schneller aufgebraucht werden und daß die ausgesperrten Arbeiter oder ihre Organisationen einen Druck auf die streikenden Arbeiter und ihren Verband ausüben, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Im allgemeinen hat die Aussperrungstaktik aber bei weitem nicht die Hoffnungen erfüllt, die das Unternehmertum in dieses Kampfmittel gesetzt hat. Nicht ganz 30 Proz. aller in den Jahren 1900 bis 1908 verhängten Aussperrungen endeten nach der gewerkschaftlichen Statistik über die Lohnbewegungen und Kämpfe mit einer Niederlage der Arbeiter. Ein Ueberblick über die Ergebnisse der Aussperrungen, die das Unternehmertum in den genannten 9 Jahren inszenierte, bestätigt diese Behauptung. Die betreffende Zusammenstellung sei ebenfalls nach dem »Korrespondenzblatt« hier wiedergegeben:

Jahr.	Zahl der Aussperrungen	Zahl der beteiligten Personen	Verlust an Arbeitszeit		Gesamtausgabe	Resultat in Prozenten		
			Tage	festgestellt für Beteiligte		Mk.	erfolgreich	teilweise erfolgreich
1900	46	14630	182866	8927	600493	34,8	24,0	26,0
1901	35	8460	124275	6088	283576	26,0	26,0	37,1
1902	56	6791	171796	4910	308023	14,3	14,3	44,4
1903	82	45763	1512771	32065	1798801	39,0	15,8	29,3
1904	112	31402	607286	3579	1870647	37,2	25,5	37,2
1905	293	144047	1797256	13521	4193250	21,5	51,5	23,4
1906	421	93356	2320609	89028	5315079	37,3	25,6	27,8
1907	323	104738	2374772	103596	6147079	29,4	33,7	28,2
1908	257	60576	905949	45388	1823675	21,0	32,7	39,7
Sa.	1585	509763	9942440	461823	122340623	27,8	30,8	29,8

Est ist selbstverständlich, daß die Unternehmerorganisationen erst dann zur Anwendung des Kampfmittels der Aussperrung schreiten, wenn sie alle Aussichten auf einen durchgreifenden Erfolg zu haben glauben; sie verhängen also eine Aussperrung erst nach reiflicher Prüfung der Sachlage und mit äußerster Vorsicht. Um so erfreulicher ist es, daß trotzdem nur rund ein Drittel aller eingeleiteten Aussperrungen den Unternehmern den gewünschten Erfolg brachten, während ein weiteres Drittel aller Aussperrungsfälle mit einer vollständigen Niederlage des aussperrungswütigen Unternehmertums endeten, die gleichbedeutend mit einem vollen Siege der Arbeiter ist, deren Niederzwingung durch die Aussperrungen beabsichtigt war. Auch das letzte Drittel aller Fälle blieb noch für die Arbeiterschaft teilweise erfolgreich, d. h. die von den Arbeitern gestellten Forderungen, die durch die Aussperrung zurückgewiesen werden sollten, konnten immer noch zum Teil zur Anerkennung gebracht oder Verschlechterungsversuche der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die den Arbeitern durch die Aussperrung aufzuzwingen versucht wurden, konnten bis zu einem gewissen Grade zurückgewiesen werden. So gehört z. B. auch die Aussperrung im Steindruckgewerbe vom Jahre 1906 unter die teilweise erfolgreichen Aussperrungen, trotzdem die Unternehmer weitgehende Zugeständnisse machen mußten, also tatsächlich mit ihrem Vorgehen eine glatte Niederlage erlitten. Auch in Schweden hat ja die Taktik der Massenaussperrung vollständig Fiasko gemacht. Durch die mehr als ein Vierteljahr dauernde Stilllegung der Betriebe sollte im vorigen Jahre die schwedische Arbeiterschaft ausgehungert und durch die immer mehr gesteigerte Not dem Willen des Unternehmertums gefügig gemacht werden. Es hatte sich aber arg verrechnet! Die Aussperrung wurde auf der ganzen Linie abgewehrt, ohne daß die Unternehmer auch nur einen einzigen Punkt ihrer Forderungen durchzuzwingen vermochten.

Die bisherigen Ergebnisse der Aussperrungstaktik des Unternehmertums lehren also, daß die Arbeiterschaft auch dieses Unternehmerkampfmittel immer noch wirksam abzuwehren

vermochte. Sie kann daher auch der zukünftigen Entwicklung ohne Besorgnis entgegensehen. Nur darf das Proletariat nie vergessen, daß bei jedem derartigen Kampf nicht einige Unternehmer gegen eine Gruppe von Arbeitern stehen, sondern Klasse gegen Klasse! Daher müssen die nicht unmittelbar im Feuer stehenden Arbeiter des In- und Auslandes gegen ihre im Vordertreffen kämpfenden Klassengenossen stets tatkräftigste und opferwilligste Solidarität üben. Gegenwärtig tobt wieder ein ungeheurer Aussperrungskampf, durch den die deutschen Bauarbeiter dem Willen des Unternehmertums gefügig gemacht werden sollen. Die Bauarbeiter werden siegen, wenn die gesamte Arbeiterschaft den Riesenkampf zur eigenen Sache macht.

Rundschau.

Zum Kampf im Baugewerbe erläßt die Generalkommission nach folgendem Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft: »Die Aussperrung der baugewerblichen Arbeiter ist nunmehr in die sechste Woche eingetreten, ohne daß die Beendigung abzusehen ist. Es werden in der Tagespresse fortwährend Mitteilungen und Gerüchte verbreitet, die den Kampf als einen bereits im Abflauen begriffenen bezeichnen und sein nahes Ende in Aussicht stellen. Diese Mitteilungen sind durchaus irreführend und dürfen keineswegs als Veranlassung dazu benutzt werden, in der Solidarität gegenüber den Aussperrten zu erlahmen. Wenn die Aussperrung auch weit hinter dem vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erwarteten Umfang zurückgeblieben ist, und sich große Unzufriedenheit in den Arbeitgeberkreisen zeigt, so ist doch die Zahl der Aussperrten mit ihren Familien eine so außerordentlich große, daß die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft ihnen nicht entzogen werden darf. Auch die Dauer des Kampfes dürfte voraussichtlich eine längere sein, daran vermögen vorläufig alle gelegentlichen Vermittlungsaktionen und Friedenswünsche fernstehender Kreise nicht das geringste zu ändern, solange die Bauarbeiter nicht selbst ihre unerfüllbaren Forderungen zurückziehen und den Arbeiterorganisationen Entgegenkommen beweisen. Mit einer längeren Dauer der Aussperrung in erheblichem Umfange ist also unter allen Umständen zu rechnen. Angesichts dieser ersten Situation müssen wir die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von neuem zu tatkräftigster finanzieller Unterstützung der Aussperrten und ihrer Familien aufrufen. Die Sammlungen dürfen nicht mit vermindertem Eifer betrieben werden, und ihre Erträge müssen nicht nachlassen, sondern sie müssen nach Möglichkeit gesteigert werden, denn von den finanziellen Mitteln hängt die Dauer der Widerstandsfähigkeit der Aussperrten und damit auch ihr schließlicher Sieg in diesem Kampfe ab, den jeder organisierter Arbeiter herbeiwünschen muß. Hinsichtlich der Organisation der Sammlungen, der Ablieferung der Gelder und der Quittierung der eingegangenen Beträge verweisen wir auf unsern ersten Aufruf. Möge die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands zeigen, daß die ausgesperrten baugewerblichen Arbeiter auf ihre Unterstützung rechnen können!« — Inzwischen haben am 27. Mai die neuen zentralen Verhandlungen, von deren Einleitung durch das Reichsamt des Innern wir in der vorigen Nummer Mitteilung machten, bereits begonnen. Sie stehen unter Leitung der Herren Geheimrat Wiedfeld-Berlin, Oberbürgermeister Dr. Beutler-Dresden und Gewerkebürgermeister Dr. Preuner-München. Ueber den etwaigen Ausgang der Verhandlung lassen sich heute noch keine Schlüsse ziehen.

Auf der Weltausstellung in Brüssel, die kürzlich eröffnet wurde, ist das deutsche Druckgewerbe einschließlich der Photographie nach einer Mitteilung des »Korrespondent« durch 180 Aussteller vertreten. Die Abteilung ist in zwölf Gruppen gegliedert: Reichsdruckerei, Papier- und Geschäftsbücherfabrikation, Farben- und Messingschriftenherstellung, Schriftgießerei, Buch-, Stein- und Musiknotendruck, Buchverlag, Kunst- und Landkartenverlag, Buchdruckerkunst und Reproduktionstechnik, Verein deutscher Buchgewerbetreibender — Sondergruppe Buchkunst, Berufsphotographie, Liebhaberphotographie und Buchbinderei. Die Beteiligung unserer Industrie ist gegen die an der Pariser Weltausstellung vor zehn Jahren sehr schwach. Die Einrichtung dieses Teils lag in den bewährten Händen des Direktors vom Leipziger Buchgewerbehaus Herrn Artur Wörlein.

Mit dem »berühmten« Abgeordneten Langhammer in Chemnitz beschäftigte sich Ende Mai die nationalliberale Fraktion des sächsischen Landtages, aus der Langhammer kürzlich ausgetreten ist. Die Fraktion veröffentlicht nun eine Erklärung gegen ihr bisheriges Mitglied, worin sie sagt, daß sie »nach Prüfung des ihr von Herrn Abgeordneten Langhammer vorgelegten Materials nicht instande sei, sein Verhalten in der Tag-Angelegenheit als einwandfrei anzusehen.« Deshalb habe sie es Herrn Langhammer überlassen, die notwendigen Konsequenzen aus diesem Beschlusse selbst zu ziehen. Die Tapetenfabrikanten der »Tiag« können stolz sein auf ihren neuen Bannerträger,

der von seinen bisherigen Parteifreunden in dieser energischen Weise abgeschüttelt wurde.

Die deutschen Gewerkschaften werden für das Jahr 1909 eine Mitgliederzunahme um mehr als 100000 konstatieren können. Nach den bisher vorliegenden Jahresabrechnungen von 25 Zentralverbänden haben diese schon eine Zunahme von rund 80000 Mitgliedern zu verzeichnen. Dabei lastete im Jahre 1909 noch die Krise schwer auf der deutschen Industrie. Allem Anschein nach ist die Aufwärtsbewegung im laufenden Jahre noch größer.

Der Arbeitsmarkt im April lag nach dem »Reichsarbeitsblatt« im Vergleiche zum Vormonate im allgemeinen günstiger. Die Geschäftslage, die seit einigen Monaten auf dem Ruhrkohlenmarkte lag, war günstigeren Verhältnissen gewichen. Auch im Saargebiet war die Förderung zwar größer, nur der Absatz ließ immer noch zu wünschen übrig. Im Gegensatz hierzu blieb auf den obereschlesischen Gruben alles beim alten. In der Braunkohlenindustrie hatte der Eintritt der Sommerpreise nicht die erwarteten günstigen Folgen. In der Eisen- und Metallindustrie macht sich gleichfalls ein langsames Ansteigen in dem Beschäftigungsgrade bemerkbar. In der Textilindustrie ist teilweise — vornehmlich in der Baumwollweberei wegen der hohen Rohstoffpreise — das Geschäft weiter zurückgegangen; ein Gegengewicht bildete das Einsetzen der Herbstaufträge. Das Baugewerbe leidet unter der Mitte April im großen Umfange verwirklichten Aussperrung der Bauarbeiter. Die Bekleidungsindustrie hatte immer noch gut zu tun. — In der Tapetenfabrikation war der Geschäftsgang durchgehend ein befriedigender. Er war sogar in einigen Betrieben besser wie im Vormonate, so daß zur Ueberarbeit gegriffen werden mußte. Der Umzugstermin spielte hierbei eine erhebliche Rolle. Das Druckgewerbe hatte auch im April noch ziemlich gut zu tun.

Generalversammlungen und Kongresse. Maschinisten und Heizer. Der Verband der Maschinisten und Heizer hielt seine 10. Generalversammlung vom 14. bis 18. Mai in Hamburg ab. 52 Delegierte waren anwesend. Die Mitgliederzahl ist von 16450 Anfang 1908 auf 18516 Ende 1909 gestiegen. Der Kassenbestand stieg von 74292 auf 133000 Mk. Die Frage der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverbande wurde durch eine Resolution erledigt, die den Zusammenschluß noch für verfrüht hält, aber empfiehlt, den Fusionsgedanken ausreifen zu lassen. Bezüglich der Grenzstreitigkeiten wurde der Vorstand beauftragt, mit den Hauptvorständen der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Brauereiarbeiter und sonstiger in Frage kommender Verbände zwecks gegenseitiger Verständigung, unter Hinzuziehung der Generalkommission, in Verbindung zu treten.

Mühlenarbeiter. Auch der 10. Verbandstag der Mühlenarbeiter, der vom 15. bis 17. Mai in München stattfand, diente hauptsächlich der Erörterung der Verschmelzungsfrage. Vom Vorstand wurde der Zusammenschluß mit dem Bäcker- oder Brauereiarbeiterverband empfohlen. Die Abstimmung ergab am dritten Verhandlungstage folgendes Resultat: Für die Verschmelzung mit den Bäckern stimmten 11 Delegierte, die 1210 Mitglieder vertreten, dagegen 23 Delegierte, die 2691 Mitglieder vertreten. Diese Abstimmung war nur provisorisch. Es wurde dann über den Zusammenschluß mit den Brauern abgestimmt, wofür 31 Delegierte (3509 Mitglieder) stimmten, dagegen 3 Delegierte (392 Mitglieder). Die Verschmelzung mit den Brauern ist damit beschlossen. Verbandsvorsitzender Käppler gab noch bekannt, daß die Delegierten an dem Verbandstag der Brauer teilzunehmen haben und dort das Statut festgelegt wird. Die Verschmelzung soll am 1. Oktober 1910 in Kraft treten. Nach dem Vorstandsbericht ging die Mitgliederzahl infolge der Krise von 4888 Anfang 1907 auf 4482 Ende 1909 zurück.

Handlungsgehilfen. Die 7. Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen tagte am 16. und 17. Mai in Hamburg. Die Mitgliederzahl stieg von 8194 Anfang 1908 auf 9870 Ende 1909, das Vermögen von 15522 auf 25995 Mk. Der Verbandstag beschäftigte sich unter anderem auch mit dem Stellenvermittlergesetz und der Arbeitskammerngesetzvorlage, deren Unzulänglichkeit besonders für die Handlungsgehilfen durch Resolutionen zum Ausdruck gebracht wurde. In der Verschmelzungsfrage mit anderen Verbänden wurde einstimmig beschlossen, mit den Verbänden der Lagerhalter und Bureauangestellten in Verhandlung zu treten.

Friseurgehilfen. Der 10. Verbandstag tagte vom 17. bis 20. Mai in Nürnberg. Der Kassenbericht ergab eine Steigerung des Bestandes der Hauptkasse von 10806 Mk. am 30. Juni 1907 auf 12968 Mk. Ende 1909. Die Zahl der vollzahlenden Mitglieder stieg von 1200 auf 1400. Zur Frage der Mitgliedschaft der Selbständigen wurde beschlossen, die fernere Zugehörigkeit selbständig werdender Mitglieder zuzulassen, sofern diese keine Gehilfen beschäftigen. Der Verbandstag forderte die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Friseurgewerbe und nahm Stellung zum Arbeitskammerngesetz und zur Reichsversicherungsordnung, wobei die Forderungen der Arbeiter energisch betont wurden.

Schmiede. Die 12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schmiede fand vom 22. bis 29. Mai in München statt. Der Verband schiebt

gleichzeitig seine 25-jährige Geschäftsperiode ab. Im Jahre 1908 sank die Mitgliederzahl um rund 500 auf 14493. Im Jahre 1909 stieg sie jedoch wieder auf 15099, also um rund 600. Daneben sind aber im Metallarbeiterverband noch 20456 Schmiede organisiert, also weit mehr wie im Schmiedeverband. Die Debatte über den Anschluß an den Metallarbeiterverband nahm einen großen Teil der Zeit der Generalversammlung in Anspruch. Der Hauptvorstand der Schmiede forderte, daß letztere innerhalb des Metallarbeiterverbandes eine selbstständige Gruppe mit eigenem Verwaltungsrecht bilden sollten, worauf einzugetragener Metallarbeiterverband entschieden ablehnte. Daraufhin erklärte der Schmiedeverbandstag durch eine Resolution, den Vorschlägen des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes nicht zustimmen zu können. Er sprach sich aber grundsätzlich für eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverbande aus und beauftragte den Vorstand, erneute Verhandlungen einzuleiten.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 28. Mai 1910.

Die Maifeier 1910. Der Vorschlag der »Bergarbeiter-Zeitung«. Der Wahlrechtstag in Preußen. Die vererbliche Schacherrei der Kuhhändler. Die Vollstreckung des Volksurteils. Die nächste Reichstagswahl.

Das diesjährige Maifest der Arbeit fiel auf einen Sonntag. Dadurch nahm die Beteiligung in allen Ländern einen Umfang an, wie nie vorher. Mit einer Wucht und mit einer Kraft trat das Proletariat für seine Forderungen ein, die manches armselige Philisterherz in Aufregung versetzt haben wird. Durch kleinliche Verbote, durch brutale Drohungen suchten die Herrschenden die Arbeiter einzuschüchtern und Straßendemonstrationen zu verhindern. Um so machtvoller wirkten die Versammlungen, um so deutlicher redete das Gepräge des Straßensbildes in der näheren und weiteren Umgebung der Zusammenkunftsorte. Und in vielen Fällen formierten sich die Massen ganz spontan trotz der chikanösen Verbote zu gewaltigen Straßendemonstrationen, die den ehernen Schritt der Arbeiterbataillone den Herrschenden in die Ohren schallen ließen. Der 1. Mai 1910 wird infolge seiner machtvollen Wirkung den Arbeitern, die um ihre Menschenrechte ringen, ein erhebender und anfeuernder Ansporn zu weiteren Kämpfen, den Herrschenden aber, die jede freie Regung im Volke mit brutaler Gewalt zu ersticken versuchen, ein warnendes Menetekel gewesen sein.

Grade die bezwingende Kraft der diesjährigen Maifeier veranlaßt die »Bergarbeiter-Zeitung«, die ständige Verlegung unseres Maifestes auf den ersten Sonntag im Mai anzuregen. Sie geht von der Tatsache aus, daß derart große Massen, wie sie dieses Jahr an den Maiveranstaltungen teilgenommen haben, eben nur Sonntags auf die Beine zu bringen seien. »Während bei Maifeiern an Wochentagen«, so heißt es in dem betreffenden Artikel, »wir vor organisierten, disziplinierten und geschulten Arbeitern unser Maiprogramm entwickeln, also vor einem kleinen Kreis von Feiernden, bringt uns die Sonntagsfeier die Massen heran, die der Belehrung mehr bedürfen, als der Stamm der Arbeiterschaft, der gewöhnlich am 1. Mai die Arbeit ruhen läßt.« Die Argumente der »Bergarbeiter-Zeitung« verdienen zweifellos die Beachtung aller Partei- und Gewerkschaftskreise. Denn seit die Sonntagsfeier abgelehnt wurde, erkämpfte sich die deutsche Arbeiterschaft das Recht auf die Straße, woraus sich für unsere Strategie eine neue Situation ergibt. Wir haben inzwischen Straßendemonstrationen erlebt mit einer Beteiligung, die man früher kaum im entferntesten für möglich gehalten hätte. Ihre großen öffentlichen Demonstrationen verlegte die Partei jedesmal auf einen Sonntag, doch nur deshalb, weil sie lediglich dann auf eine wirksame Massenbeteiligung rechnen konnte. Wünschenswert wäre es daher, wenn der Bergarbeiterverband der deutschen Delegation zum internationalen Arbeiterkongreß in Kopenhagen Gelegenheit geben würde, die Vorschläge der »Bergarbeiter-Zeitung«, die nur die machtvolle Ausgestaltung unserer Maidemonstrationen bezwecken, eingehend zu beraten.

Je gewaltiger das Maifest der Arbeit wird, desto nachdrücklicher werden auch die politischen Forderungen des Proletariats zur Geltung gebracht werden können, die ja neben den wirtschaftlichen Forderungen von Jahr zu Jahr mehr am 1. Mai den Herrschenden in die Ohren geschrieben werden. Von dem steigenden politischen Charakter der Maifeier ist besonders ihre Veranstaltung im Lande der Wahlrechtschmachern, in Preußen, ein sprechender Beweis. Die diesjährige Maifeier ist wohl die großzügigste, umfangreichste und allgemeinste Wahlrechtsdemonstration gewesen, die Preußen im gegenwärtigen Wahlrechtskampfe gesehen hat. Das preußische Volk hat am 1. Mai 1910 über das Machwerk der Regierung, über seine Verhöhnung durch das Abgeordnetenhaus und über seine vollständige Verschandelung durch das Herrenhaus das vernichtende Urteil gesprochen, dessen Vollstreckung Regierung und »Volksvertretung« grade wegen der Gewalt und Größe der diesjährigen Maidemonstration nicht mehr umgehen konnten.

Die Vollstreckung des Volksurteils über den Wechselbalg mußte erfolgen, trotzdem sich die Kuhhändler im Lager der Junker und Pfaffen alle Mühe gaben, durch die bei ihnen so sehr beliebten

Schacherergeschäfte hinter den Kulissen ihr Heu ins Trockene zu bringen. Bei diesem schäbigen Handel wurden sie außerdem angetrieben durch die kommenden Reichstagswahlen, vor denen Zentrum und Konservative geradezu zittern, wozu sie allerdings wegen ihrer skrupellosen Volksverräterei auch alle Ursache haben. Aber auch die Nationalliberalen sehen den kommenden Reichstagswahlen mit Angst und Schrecken entgegen, wie folgender Schmerzensschrei der »Westf. Pol. Nachr.« beweist: »Die nationalliberal gesinnten gewerblichen Kreise, nicht bloß der Großindustrie, sondern auch des Mittelstandes, würden es geradezu als ein Unglück ansehen, wenn die preußische Wahlreform in die nächste Reichstagswahltagung hineingezogen würde. Wir selbst haben keinen Anstand genommen, derartige Bestrebungen als einen Frevel an unserer Gewerbetätigkeit zu bezeichnen und wiederholen dies hier mit allem Nachdruck! Die gewerblichen Kreise wünschen, daß Fragen, die Lebensinteressen für den Gewerbestand in sich schließen, nicht von parteiagitorischen und parteitaktischen, sondern von sachlichen Gesichtspunkten aus behandelt werden... Wer darauf hinausgeht, die preußische Wahlrechtsfrage in die Reichstagswahltagung hineinzuziehen, der wirkt, bewußt oder unbewußt, auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen hin. Eine Parteilung, die den Vorschub leistete, könnte sicher sein, daß nicht bloß die paar »westfälischen Scharmacher«, sondern die Gewerbetätigkeit im weitesten Umfange, im Westen wie im Osten, ihr ohne weiteren Umstand den Rücken kehren würde.« Die Nationalliberalen waren also ebenfalls rege bemüht, die Wahlrechtsvorlage ins Trockene bringen zu helfen, um der ungeheuren Gefahr der »Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen«, die sie schon hinter den Reichstagswahlen drohen sehen, zu begegnen. Auch diese Partei hätte also, wenn es irgendwie möglich gewesen wäre, den Kuhhandel mitgemacht. Aber trotz dieser Angst vor der kommenden Abrechnung und trotz des Bestrebens, sich die Haut des preußischen Volkes zu sichern, blieben diesmal alle Bemühungen aller abgefeimten Kuhhändler erfolglos. Das Volk, um dessen Haut der Schacher ging, hatte zu deutlich sein endliches Erwachen offenbart. Dem Urteil des Volkes mußte daher Rechnung getragen werden.

Am 27. Mai wurde das Volksurteil vollstreckt. Es ist überflüssig, die Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus über die Beschlüsse der »geborenen und erkorenen Gesetzgeber« im Herrenhaus näher zu beleuchten. Die Beratung erfolgte in der Form der dritten Lesung. Es lagen dazu Anträge vom Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen vor. Das Zentrum beantragte die Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. Die Konservativen beantragten, die Drittelsbezirke nach oben auf 5000 Einwohner zu begrenzen gegen 10000 Einwohner nach den Herrenhausbeschlüssen. In Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern sollen die Drittelsbezirke von der staatlichen Verwaltungsbehörde gebildet werden; die untere Grenze sollte nach den Beschlüssen des Herrenhauses 1749 Einwohner betragen. Die Drittelsbezirke sollen räumlich zusammenhängen, tunlichst abgerundet und tunlichst gleich an Einwohnerzahl sein. Sie müssen, wenn die Gemeinde in mehrere Landtagswahlbezirke geteilt ist, innerhalb dieser Bezirke liegen. Ein zweiter Antrag sollte eine Lücke in den Herrenhausbeschlüssen durch die Hinzufügung folgenden Absatzes zu § 6 beseitigen: »Ist infolge der Bildung von Drittelsbezirken in einer Abteilung des Stimmbezirks kein Wähler vorhanden, so ist, wenn diese Abteilung nur einen Wahlmann zu wählen hat, die Wahl von der nächst niederen Abteilung, falls die betreffende Abteilung aber zwei Wahlmänner zu wählen hat, von den übrigen Abteilungen gleichmäßig zu bewirken.« Ein dritter Antrag der konservativen Maximiert nicht nur wie die Herrenhausbeschlüsse die Staatssteuer, sondern auch die Gemeindesteuer-Zuschläge. Alle diese Anträge fielen bei der Abstimmung, worauf Bethmann-Hollweg namens der Regierung folgendes erklärte: »Durch diese Beschlussfassung ist eine Lücke im Gesetz entstanden. Es gibt nach ihren Beschlüssen keine Bestimmungen darüber, in welcher Weise die Abteilungsbildung erfolgen soll. Nach der Stellung, die die verschiedenen Parteien dieses Hauses zu der Frage eingenommen und in diesen Beschlüssen bekundet haben, ist nach Auffassung der Staatsregierung die Aussicht auf eine Verständigung über diesen Bestandteil der Vorlage ausgeschlossen. Ich erkläre infolgedessen im Namen der königlichen Staatsregierung, daß sie auf die Weiterberatung des Gesetzes keinen Wert mehr legt.« Damit war der Wille des Volkes durch den Landtag sowohl wie durch die Regierung erfüllt und der Wahlrechtswechselbalg verscharrt worden. Der Weg zu einer wirklichen Wahlrechtsreform wurde dadurch frei. Das preußische Volk wird nicht eher ruhen, bis er nicht energisch beschritten wird und die Forderung des Volkes nach voller Gleichberechtigung erfüllt ist.

Dabei möge es das bezwingen, was die nationalliberalen Schlotbarone durch die »Westf. Pol. Nachr.« ausgesprochen haben: »Wer darauf hinausgeht, die preußische Wahlrechtsfrage in die Reichstagswahltagung hineinzuziehen, der wirkt, bewußt oder unbewußt, auf die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen hin.« Was den volksfeindlichen Schlotbaronen erschreckend erscheint, muß das

Volk beherzigen und ausführen, wenn es zu seinem Recht endlich kommen will. Wenn die Gleichberechtigung in Preußen nicht schon vor der Reichstagswahl durch die bisher erprobten Waffen und durch die Anwendung neuer Kampfmittel errungen werden kann, dann muß durch den Ausfall der Reichstagswahlen endgültig mit der Dreiklassenwahlrechtschmachern in Preußen aufgeräumt werden. Die Bahn zu diesem Ziel ist durch den Fall der Bethmannschen Wahlrechtsnotgeburt am 27. Mai gegeben. Die nächsten Reichstagswahlen, die nach Zeitungsmeldungen im Januar 1912 stattfinden sollen, müssen zu einem Tage des Gerichts werden, der die Herrschenden endlich doch zur vollen Erfüllung des Willens des Volkes zwingt!

Unterstützt die Bauarbeiter!

Die Aussperrung dauert fort. Woche für Woche vergeht — die Arbeiter hungern und warten. Mit einer bewunderungswürdigen Ruhe harren die Bauarbeiter in ihrem schweren Kampfe aus. Das ist ein Heldenmut, den keine militärische Zucht, kein eingedrillter und suggerierter Patriotismus schaffen können, der nur erzeugt wird durch die Einsicht des Einzelnen, daß es sich um seine eigene Sache handle und daß diese seine eigene Sache zugleich die Sache der Gesamtheit sei. Ohne zu klagen, ohne ihre Stimme zu erheben, ertragen die ausgesperrten Bauarbeiter ihre Leiden. Man sieht sie nicht, man hört sie kaum. Aber weil man sie nicht sieht und kaum hört, beginnt die öffentliche Meinung, sich mit der Tatsache abzufinden, daß sie ausgesperrt sind und hungern müssen. Man beginnt, sich an die Aussperrung zu gewöhnen, und an der Ruhe der Bauarbeiter beruhigt sich die Gesellschaft.

Als die großen Zahlen dieser Aussperrung zuerst aufkamen, erschreckten sie. Aber dann las man sie Tag für Tag in der Zeitung, und man hat sich an sie gewöhnt. Man denkt nicht daran, daß diese 187000 Einser ebensoviele Menschen sind — Menschen mit fühlenden Herzen und strebendem Geist. Menschen, an denen andere Menschen hängen! Es sind viele Familien unter den Aussperrten, Greise und kleine Kinder. Die 187000 sind darum noch nicht die ganze Zahl. Wie groß ist diese? Nach der letzten Berufszählung im Reich vom Jahre 1907 gab es 1,6 Mill. erwerbstätige Arbeiter im Baugewerbe mit 2,2 Mill. Familienangehörigen. Behält man das gleiche Verhältnis für die jetzt Aussperrten, so findet man, daß die Gesamtzahl, also mit Familienangehörigen, weit über 400000 beträgt. Das ist soviel, als wenn man die gesamte Bevölkerung von Frankfurt a. M. nehmen und noch die gesamte Bevölkerung von Darmstadt hinzufügen würde. Das ist die Volksmasse, die nun schon wochenlang dem Hunger ausgesetzt ist.

Man denkt sich, daß während eines Krieges die beiden Großstädte Frankfurt a. M. und Darmstadt vom Feinde umzingelt, blockiert und ausgehungert werden, so hat man das Bild der Aussperrung.

Kein feindliches Heer ist in Deutschland eingedrungen, keine Festungsgeschütze bedrängen die Stadtmauern, und doch sind 400000 vollberechtigte deutsche Bürger dem Hunger ausgesetzt.

Soeben rührten sie ihre fleißigen Hände und schufen Reichtümer der Gesellschaft — jetzt müssen sie feiern.

Sie verlangen Arbeit. Doch ihre Herren sagen: »Nein!«

Sie verlangen Brot, doch ihre Herren sagen: »Gehorchen!«

Sie nehmen sich zusammen, unterdrücken ihren Schmerz und schwören, ihr Menschenrecht zu wahren bis zum letzten Ende. Doch ihren Herren sagen: »Sterben!«

Wo ist nun die Freiheit? Wo die Gleichberechtigung des Bürgers? Die Freiheit, als Sklave zu dienen oder als Rebelle zu hungern; die Gleichberechtigung des einen, der nichts ist, mit dem, der alles ist!

Ausgelöscht aus dem Buche des Lebens! Ihnen sind die Subsistenzmittel entzogen, folglich haben sie keine Existenzberechtigung mehr! Leiden und der stille Tod sind ihr Los!

Der Tod des Kriegers ist ein Donner- und Flammentod. Aber der stille Tod schleicht wie ein Dieb. Er geht auf leisen Sohlen, er huscht wie ein Schatten, geräuschlos, unbemerkt, — aber sein Atem ist Frost, und wo er hinkommt, werden die Gesichter bleicher, immer bleicher — jedesmal um eine Schattierung, aber jedesmal um eine mehr! Zuerst die Kinder. Das Rot ihrer Wangen schwindet und es schwindet das liebliche Lächeln ihres Mundes, sie verwelken wie Blumen. Die Verzweiflung legt ihre Furchen in das vergrämte Gesicht der Frau und hinterläßt diesen Stempel der Not für immer. Trotzigen Hauptes duldet der Proletarier, aber ein furchtbarer Ingrimm sammelt sich in seiner Seele und leuchtet in der Glut der hohlen Augen.

Indessen die wenigen Grobherren des Kapitals, die dieses menschenmörderische Werk geschaffen haben — denn viele kleinere Unternehmer sind an diese Aussperrung erst durch Gewalt oder durch Androhung mit Gewalt hineingetrieben worden — sie verbringen ihre Muße in den Sommerfrischen und genießen das Leben. Ab und zu treten sie zusammen und prüfen die Situation: ob der Mut der Hungernden noch nicht nachgelassen habe, ob nicht die dumpfe Verzweiflung sich ihrer bemächtigt,

politischen und wirtschaftlichen Leben massenhaft anführen.

Wenn man das Tun und Treiben, das Gebaren und Benehmen jener Volksschädlinge beobachtet, möchte man glauben, daß es wirklich so sei, wie der napoleonische Minister Talleyrand einst gesagt hat, daß dem Menschen die Sprache gegeben sei, um seine wahren Gedanken und Absichten zu verbergen.

Selbstverständlich ist auch unser Gewerbe von einer solchen Zweck-Verbindung mit den oben angedeuteten Allüren nicht verschont geblieben. Unter der stolzen Firma: *Verband deutscher Steindruckereibesitzer* hat sich hier eine größere Anzahl großkapitalistischer Steindruckereiu nternehmer mit der edlen Absicht zusammengefunden, sich auf Kosten der Allgemeinheit möglichst rasch und recht ausgiebig zu bereichern. Und man muß es diesen Leuten lassen, daß sie es verstehen, in dieser Hinsicht gleich ganze und gründliche Arbeit zu leisten. Was der einzelne nicht vermochte, das versuchen diese Herren mit vereinten Kräften durchzuführen: die im Wesen des Kapitalismus gegebenen Grenzen, die einer übernormalen Gewinnerzeugung entgegenstehen, nach zwei Richtungen hin zu durchbrechen. Einerseits soll die Bezahlung der Gehilfen wie auch die der Privatlithographen und anderer abhängiger Existenzen bis unter das physische Existenzminimum gedrückt werden, und andererseits sollen die Konsumenten der lithographischen Erzeugnisse weit über das normale Maß hinaus geschöpft werden.

Um diese Aufgaben mit möglichst großem Erfolge durchführen zu können, haben sich diese gewinnüchtigen großkapitalistischen Steindruckereiu nternehmer in ihrer dahinzielenden Tätigkeit das Prinzip der Arbeitsteilung nutzbar gemacht. Der *Verband deutscher Steindruckereibesitzer* wurde in zwei Abteilungen gegliedert: in den *Schutzverband* mit der Aufgabe, die Löhne zu drücken, wie überhaupt alle Gesteungskosten der Arbeit zu verbilligen, und in den *Fachverband*, der wiederum in verschiedene Unterabteilungen, Produktionsgruppen usw. gegliedert wurde, mit der Aufgabe, die Produktpreise hoch zu treiben und die Konsumenten zu schröpfen. An der Spitze jeder der beiden Haupt-Abteilungen wurde zur Betreibung der Geschäfte ein mit dem Doktorhut gezielter juristischer Lohnarbeiter gestellt.

Mit dieser weitestgehenden Ausnutzung des Dezentralismus neben dem Zentralismus haben beim Ausbau ihrer Organisation diese Steindruckereiu nternehmer ein Organisationsprinzip betätigt, das, nebenbei gesagt, all jenen Gewerkschaftern, die sich in einseitigen, überzentralistischen Einheitsideen ergehen und davon alles Heil für die Arbeiter erwarten, sehr zu denken geben sollte!

Es ist klar, daß, um seine dem Gemeinwohle widerstrebenden egoistischen Ziele besser durchführen zu können, auch der Verband deutscher Steindruckereibesitzer gleich allen übrigen derartigen Zweck-Verbänden die Sprache zur Verbergung seiner wahren Gedanken und Absichten gebraucht. Der Öffentlichkeit werden die wundersamsten Dinge darüber vorgeflunkert, was dieser Verband deutscher Steindruckereibesitzer alles für hohe, erhabene und gemeinnützige Ziele im Gewerbe verfolge. Mit diesen Flunkerien sollen für den Verband, der doch lediglich eine Interessenvertretung einiger gewinnüchtiger Großkapitalisten im Steindruckgewerbe ist, auch all die kleinen Steindruckereibesitzer und die Privatlithographen eingefangen werden, damit diese gleich selbst den Strick liefern, mit dem sie von den Großen im Gewerbe gehängt werden sollen.

Wie wenig im Verbands der deutschen Steindruckereibesitzer das Tun dem Programm entspricht, das er der Öffentlichkeit gegenüber entfaltet, das haben wir in dem Artikel *Submission und Preisausschreiben im Lithographiegewerbe* in Nr. 51 der Graph. Presse vom vorigen Jahrgange an den Taten des großkapitalistischen Steindruckereiu nternehmers Wilhelm Hyll in Barmen, eines der Haupt-Preisfechter für die Ziele des Verbandes der deutschen Steindruckereibesitzer, einwandfrei nachgewiesen. Wir haben dort unter Vorführung von Tatsachen veranschaulicht, wie sehr gerade bei diesem Herrn, der sich so arg in der Öffentlichkeit als Reformator im Gewerbe, als Vorkämpfer für reelle Geschäftsgebräuche usw. aufspielt, die Praxis der Theorie widerspricht.

Herr Hyll war ja immer einer derer, die im *Deutschen Steindruckgewerbe*, dem Organ des Verbandes, nicht genug blinden Lärm schlagen können, wenn irgendwo im Gewerbe von irgend wem gegen die guten Geschäftssitten verstoßen sei soll. (Diese Entrüstungstuterei erfreut sich nämlich zur Irreführung der Öffentlichkeit über die wahren Bestrebungen des Verbandes der deutschen Steindruckereibesitzer einer besonderen Pflege in diesem

Organe.) Und als der genannte Herr Hyll wieder einmal meinte, sich arg entrüsten zu müssen, weil eine Zigarettenfirma die Unverfrorenheit besaß, von verschiedenen lithographischen Anstalten Entwürfe zu einem Reklameplakat ohne jede Verbindlichkeit einzufordern, und ohne jeder einzelnen Firma die Erteilung des Druckauftrages zu garantieren, fühlten wir uns doch veranlaßt, diesen Mann, der darob so in Entrüstung machte, auf die Inkonsequenz seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen. Wir wiesen darauf hin, daß sich Herr Hyll als Mitinhaber der bekannten Etikettenfabrik von Hyll und Klein in Barmen selbst schon ähnlicher Handlungen, wie er sie an der betreffenden Zigarettenfirma geübt, in einem Preisausschreiben den deutschen Lithographen, graphischen Zeichnern und Künstlern gegenüber schuldig gemacht hat.

Zur Wahrung des Gemeininteresses war es einmal notwendig, der Katze die Schelle umzuhängen und nachzuweisen, daß Herr Hyll und Gesinnungsgenossen kein Recht haben, sich als Sittenrichter im Gewerbe aufzuspielen und über die Submissionsmethoden verschiedener Besteller lithographischer Erzeugnisse aufzuregen, zumal da sie überdies noch bei der Vergabung von Arbeiten an Privatlithographen zumeist in der gleichen Weise verfahren.

Diese öffentliche Aufdeckung des wahren Gepräges seines Tuns mußte natürlich Herrn Hyll recht unangenehm sein. War doch dadurch die große Gefahr gegeben, daß die durch das falsche Wortgeklingel für den Verband der deutschen Steindruckereibesitzer eingefangenen Besitzer kleiner Anstalten usw. zu der Erkenntnis gelangten, daß man mit ihnen nur ein falsches Spiel triebe und es nicht in letzter Linie auch bloß auf die Erbeutung ihres Felles absähe. Und das peinlichste bei der ganzen Sache war für Herrn Hyll noch, daß er diese den Tatsachen entsprechenden Aufdeckungen in gar keiner Hinsicht zu entkräften wußte, weshalb er es auch verzog, die bekannte Wanzentaktik zu üben und sich in tiefes Stillschweigen zu hüllen. Weiter glaubte er, sein ramponiertes Ansehen noch dadurch etwas aufbügeln zu können, daß er seine Wiederwahl als Kreisvertreter in allen ihm nahe stehenden graphischen Fachblättern mit Posaunentönen verkünden ließ. Diese Veröffentlichungen konnten keinen andern Zweck haben; denn sonst ließe es sich nicht erklären, warum gerade das welterschütternde Ereignis der Wiederwahl des Herrn Hyll in der Öffentlichkeit so laut offenbart wurde, während man doch über die Resultate der übrigen Kreisvertreterwahlen wie üblich rein gar nichts verlauten ließ.

Da wir aber in dieser Sache gar nicht locker ließen und zur Charakterisierung seines verdeckten gewerbsschädigenden Treibens weitere gravierende Tatsachen aus seiner Praxis veröffentlichten, fühlte sich Herr Hyll auf Anraten und Drängen seiner Gesinnungskumpane — also der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — doch endlich veranlaßt, sich in der ganzen Angelegenheit zu erklären. In der Nummer vom 1. Mai des Steindruckwerbes unternimmt er es denn, den bei ihm festgestellten Widerspruch zwischen Theorie und Praxis dadurch hinwegzudeuten, daß er zunächst die ihm zur Last gelegten gewerbsschädigenden Taten abstreitet, sie aber dann schließlich doch zugibt und sagt, daß das Preisausschreiben der Firma Hyll & Klein nicht speziell an die »armen Lithographen« gerichtet gewesen sei, sondern an die Künstlerschaft im allgemeinen. Die Bedingungen des Preisausschreibens seien damals von der »Werkstatt der Kunst« als mustergültig bezeichnet worden. Und schließlich hätte ja auch unser Verband ein Preisausschreiben, wie wir es als verwerflich bezeichneten, selbst erlassen und daraufhin die herrliche Titel vignette für unsere Presse erhalten.

Zu diesem Entschuldigungsgestammel ist zu bemerken, daß es nicht maßgebend ist, was die »Werkstatt der Kunst« über den Preisausschreibens-Untug der Firma Hyll & Klein gesagt hat. Man kann ja auch gar nicht wissen, wie jene Notiz zustande gekommen ist und wer sie veranlaßt hat. Herr Hyll möge lieber seinen Lesern das Urteil unterbreiten, das seine eigenen Kollegen über das betreffende Preisausschreiben in der *Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und Steindrucker* auf Seite 264 des Jahrgangs 1907 veröffentlicht haben! Und eine große Lächerlichkeit ist es, die Preisausschreiberei der Firma Hyll & Klein mit den Bildungsveranstaltungen unsers Verbandes in eine Parallele zu ziehen. Wir haben hier oft genug ausdrücklich darauf hingewiesen, welch großer Unterschied es ist, wenn ein Preisausschreiben von einem gewerblichen Unternehmen aus reinen Profitinteressen erlassen wird, und wenn ein solches von Bildungsinstitutionen lediglich zur Förderung reiner Bildungsinteressen veranstaltet wird. Nur ein Mangel an Kapazität könnte vorliegen, wenn Herr Hyll diese

unsre Unterscheidung immer noch nicht kapieret haben sollte!

Wollte sich die Firma Hyll & Klein in Barmen künstlerische Entwürfe für Wein- und Likör etiketten beschaffen, so hätte sie sich bei guten und realen Geschäftsgebräuchen mit einem dahingehenden Auftrag bei Zusicherung anständiger Bezahlung an Privatlithographen, Privatzeichner oder sonstige graphische Künstler wenden müssen! Die Rechte, die Herr Hyll als Gewerbereformator den Steindruckereiu nternehmern zugestehen will, können erst recht die ausführenden Lithographen, Zeichner und Künstler für sich in Anspruch nehmen!

Der Gewerbereformator Hyll hat es also noch nicht vermocht, sich wegen des Widerspruchs, der bei seinem Tun zwischen Theorie und Praxis festgestellt worden ist, nur irgendwie zu rechtfertigen. Das wird er bei der eingangs geschilderten Gewerbepolitik, die er verfolgt, auch niemals können! Darum wird nun auch die Öffentlichkeit wissen, wie sie sich in Zukunftsgegenüber den Bestrebungen dieses Herrn und seiner Gesinnungsgenossen zu verhalten hat!



Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Die Differenzen bei F. A. Brockhaus in Leipzig.

Wie bereits gemeldet, kündigten am 20. Mai sämtliche bei F. A. Brockhaus beschäftigten Chemigraphen. Die Veranlassung dazu war das Verhalten dieser Firma in der Frage der Preiskonvention. Bei dem Welfruf ihres Namens und in Berücksichtigung dessen, daß viel für den eigenen Verlag gearbeitet wird, hätte man Schwierigkeiten in dieser Richtung nicht erwartet. Sie stellten sich aber ein, als der auf Grund eines Beschlusses der Prinzipalsorganisation, dem auch die Gehilfen zugestimmt haben, beauftragte Bücherrevisor Einsicht in die Bücher nehmen wollte. Das wurde von der Firma verweigert und alle Vorstellungen von den verschiedensten Seiten konnten die Inhaber nicht anderen Sinnes machen. Sie befürchteten wohl, daß die Feststellung einer etwaigen Preisunterbietung dem Ansehen des Hauses Brockhaus schaden könnte. Ganz abgesehen davon, daß die Feststellungen des Revisors in der Fachpresse keine Verwendung finden, dient die Weigerung der Firma wohl wenig ihrem Ansehen, da jetzt jeder Vermutung und Annahme Tür und Tor offen steht. — Von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt die Gehilfenschaft diese Frage. Für sie ist die Preiskonvention ein Teil des gültigen Tarifvertrages, und die Einsetzung des Bücherrevisors ist die Konsequenz früherer Beschlüsse. Mag auch eine Revision manchem Prinzipal unangenehm und unbequem sein, so liegt es doch in seinem eigenem wohlverstandenen Interesse wie in dem der Gesamtheit, daß die Revisionen gleichzeitig und überall durchgeführt werden. Nur das dadurch gewonnene Material gestattet ein abschließendes Urteil und schafft Klarheit im Ziel und der Durchführung. Möge deshalb der Fall Brockhaus keine Nachahmer finden. Auch dieser Firma wird nicht erspart bleiben, was vor ihr andere ausgeschiedene Anstalten zur Einstellung des Betriebes oder zum Wiederanschluß führte. Wir zweifeln nicht, daß es ihr gelingt, auf ihre Annoncen »Kräfte« zu bekommen, aber das alte Personal kann sie sich selbst nach Jahren nicht ersetzen.

Die Verwaltung der Sektion III.

Eine tarifgegnerische Firma.

Schon seit längerer Zeit befindet sich unter den gesperrten chemigraphischen Anstalten auch die Firma Hess & Janke in Frankfurt a. M. Trotzdem wir uns nur ungern mit Firmen befassen, die für uns nicht mehr in Frage kommen, so ist es aber wiederum notwendig, vor aller Öffentlichkeit zu zeigen, was die Chemigraphie ohne Tarifgemeinschaft wäre.

Schon die Gründung dieser Firma vor knapp 2 Jahren zeigte uns, daß wir leider nicht immer Gelegenheit haben würden, Ruhe dort hinein zu bringen. Durch Einreichung der Kündigung unserer organisierten Kollegen gelang es dann endlich, die Firma tarifrett zu machen. Durch Einstellung des Bücherrevisors, für den bei der Prinzipalskonferenz auch diese Firma gestimmt hatte, war jedoch nicht für uns, aber für die Firma die langgesehnte Gelegenheit gekommen, uns Valet zu sagen. Vor allen Dingen fürchtete sie die Nase des Revisors, der zweifellos aus den Büchern festgestelt hätte, daß der Preis der Ware nicht mehr nach dem qcm, sondern nach dem Gewicht bestimmt wird.

Seit dem 1. Oktober hat nun die Firma mit allen bekannten Rausreißern Erfahrungen machen können und den Wert der organisierten Arbeiter zu erkennen Gelegenheit gehabt. Wenn uns nicht die Ausbildung und die krasse Lehrlingszucht am Herzen läge, könnten wir uns schließlich mit diesem Zustande abfinden. Aber wie uns mitgeteilt wurde, soll die Zahl der Lehrlinge doppelt so groß wie die der Gehilfen sein. Daher waren wir nicht wenig

erstaunt, als wir nach erfolgter Beschwerde beim Handels- und Verkehrsamts ein Schreiben erhielten, nach welchem Herr Janke erklärt hat:

»Unser Geschäft ist eine Spezialität, die in eine Anzahl Fächer, wie Photographie, Graveur-Abteilung, Photo-Lithographie, Chemigraphie, Zeichnung und Retusche zerfällt. Wir haben, um einen geeigneten Stamm Arbeiter heranzubilden, in jeder Abteilung mindestens 1 Lehrling eingestellt. So beschäftigen wir in den 6 Abteilungen 9 Lehrlinge und 1 Gehülfen. Wir sind gezwungen, eine größere Anzahl von Lehr- zu halten, welche später als Arbeiter bei uns dauernde Beschäftigung finden sollen. Die Lehrlinge werden von uns speziell überwacht, außerdem auch von den Vorarbeitern der Abteilungen, welchen sie zugeteilt sind. Wir sehen unser Geschäft nicht als Handwerk, sondern als Kunstgewerbe an. Mit der Handwerkskammer haben wir nichts zu tun, auch zu derselben keine Beiträge zu entrichten.»

Diese Aussagen sind so naiv, daß man glaubt, ein Laie müsse sie gemacht haben und nicht ein langjähriger Lehrer der Firma Klimsch. Aber sie sind nicht nur naiv, sondern auch vollständig unwahr. Als sich unser Vorsitzender selbst ins Gewerbeamt begab, um diese Aussagen richtig zu stellen, stellte man ihm anheim, sich schriftlich dazu zu äußern; von einer mündlichen Aussage sah man ab. Da wir aber alles Interesse daran haben, daß diese Firma jetzt der Wahrheit die Ehre geben muß, beschreiben wir den Weg der Öffentlichkeit.

Zunächst sollen aber die deutschen Kollegen wissen, wie man alle Mittel angewandt hat, unsere organisierten Kollegen zu Verrätern zu machen die höchsten Löhne! 10 Jahre Kontrakt, Ferien usw. wurden angeboten. Die traurigste Episode aber war wohl der Versuch, einen taubstummen Kollegen zu Verräter an seiner Organisation zu machen. Alle Lockmittel wurden zu Papier gebracht und dann dem Kollegen unter die Augen gehalten. Trotzdem war aber Einmütigkeit unter den organisierten Kollegen zu verzeichnen.

Nun zu der Aussage selbst: Ist es jemals im Leben schon dagewesen, daß man sich aus Lehrlingen einen Stamm Arbeiter heranzieht, die auch später in der Lehrfirma dauernde Stellung erhalten sollen? Die Firma mag sich dieses Verfahren patentieren lassen, das doch weiter keinen Zweck haben soll, als zu bestimmter Zeit die Herrn Auchkollegen, die jetzt in der Anstalt sind, zu verdrängen. Aber die Unrichtigkeit der Angaben der Firma liegt darin, daß sie zunächst ihre Lehrlingszahl auf 9 angibt. Tatsächlich ist sie höher. Wie schwer es der Firma geworden ist, Lehrlinge zu bekommen, beweist der Umstand daß sie sich an den Verein für Volkswohl gewendet hatte, mit dem Ersuchen, ihr recht robuste junge Leute zu senden. Kunstgewerbe, robust und Klischeefabrik, das paßt zusammen! Aber auch in der allerletzten Zeit wurden in einer hiesigen Zeitung wiederholt Lehrlinge gesucht.

Diese werden strengstens angehalten, keinem Verbandsmitglied gegenüber etwas auszusagen. Daraus erkennt man wie schwer die Firma in der Klemme sitzt. Das geht auch daraus hervor, daß sich die beiden Prinzipale Vorwürfe machen und einer dem andern die Schuld am Austritt zuschiebt. Auch die fortwährenden Gesuche im Klimschen Anzeiger haben weiter keinen Zweck, als die Öffentlichkeit irre zu führen.

Nun ist natürlich auch die Anzahl der Gehülfen unrichtig angegeben. Die Firma rechnet dabei Leute mit, die schon seit Wochen wieder ihr Wanderleben aufgenommen haben, oder die ihr die Polizei wieder abgeholt hat. Die größte Hälfte besteht natürlich aus Ueberläufern, die man doch aber nicht als Gehülfen bezeichnen kann, da sie nicht einmal das Minimum unseres Tarifes erreichen. Der Firma ist es aber auch bekannt, daß sie Leute beschäftigt, denen sie früher wegen gewisser Sachen aus dem Wege gegangen ist. Eine sonderbare Logik bleibt es aber doch, von einem Kunstgewerbe zu sprechen, wenn man die Produktion der eigenen Kunst jeden Tag vor Augen sieht.

Von früher organisierten Chemigraphen sind zur Zeit in der Firma beschäftigt der Retuscheur Herrmann, der Photograph Voigtländer, der Aetzer Moser und der Herr Reinhold Lex. C. H.

Aus den Sektionen.

Köln a. Rh. (Chemigr.). In unserer Mai-versammlung hielt Kollege Moroni einen Vortrag über die Anwendung des Tiefdrucks auf der Rotationsmaschine zum Illustrieren von Tageszeitungen nach dem Verfahren von Dr. Mertens. Da sich der Referent vor einigen Jahren mit denselben Versuchen beschäftigt, konnte er an Hand einer reichhaltigen Ausstellung, besonders von verschiedenen Versuchsmaterialien, dieses Verfahren mit praktischen Beispielen schildern. Von den ausgestellten Gegenständen sei die prachtvolle Osternummer der »Freiburger Zeitung« und eine Nummer des »Kölner Tageblattes«, wo der Referent versuchsweise einige Vignetten nach Dr. Mertens' Verfahren eindruckte, erwähnt. Der Referent ist überzeugt, daß der Tiefdruck auf der Rotationsmaschine ein Gebiet zur Massenvervielfältigung für sich bleibt. Durch dieses Verfahren kann sich eventuell für die Klischeefabrikation eine Konkurrenz entwickeln, wenn sich nicht die chemigraphischen Anstalten und die Kollegen das neue Verfahren nutzbar machen. Seit einiger Zeit ist im Autotypie-Illustrationsdruck durch die

Einführung der glanzlosen Kunstdruckpapiere ein Ereignis eingetreten. Schon vor Jahren erhielt der Referent Probepapiere solcher Art von der Firma J. W. Zanders in Bergisch-Gladbach. Durch Versuche wurde konstatiert, daß Behandlungsunterschiede zwischen dem Druck auf dieses Mattpapier und dem auf Glanzpapier bestehen. Dadurch wurde auch die schnelle Einführung des Mattpapiers erschwert. Heute steht aber diese Papierherzeugung auf der Höhe, sodaß die Schwierigkeiten beim Druck als überwunden gelten können. Dagegen sei es notwendig, daß der Aetzer der Herstellung der Autotypen für solche Druckzwecke besondere Aufmerksamkeit widmet und möglichst härtere Metalle verwendet als Messing oder Kupfer. Bei jeder Aetzung punktiert; selbstverständlich muß der Punkt spitz und ohne Rand stehen. Auch eine gute Zurichtung benötigt eine Druckauflage auf Mattpapier. Hierbei besprach der Referent zwei wichtige mechanische Zurichtungsverfahren von Dr. Albert und die in großen Druckereien fast allgemein eingeführte Kreidereliefzurichtung von Lanker und Schwärzer. Nach dieser Vorschrift erzielt man auf Mattpapier einen vornehmen Autotypiedruck mit sammtartigem Aussehen, der auch den verwöhnten Kupferdruckliebhaber befriedigt. Schon bei diesem Verfahren sind die Wirkungen tiefdruckähnlich. Die Zeiten sind vorüber, wo der Photograph ausschließlich Bilder auf glänzenden Papier Bildern liefern durfte. Heute werden höhere künstlerische Anforderungen erhoben. Reformierend haben besonders die Amateurphotographen gewirkt, die darnach strebten, Kopien auf sammtartig eund matte, Papiere, die in ihrer Struktur den Kupferdruckpapieren gleichen, zu erhalten. Die erzielten Bilder gleichen dem Kupferdruck. Das Publikum hat sich an diese Wirkung gewöhnt. Diese Aufnahmen sind unsere Vorlagen, und bei der Vervielfältigung müssen wir den Charakter der Originale zu wahren suchen. Aus diesem Grunde sollen die chemigraphischen Anstalten ihre Klischeeabdrücke auf diese Mattpapiere drucken und der Kundschaft unterbreiten. Nur durch die Ausscheidung der geschmacklosen Glanzpapiere können wir der eventuellen Konkurrenz des Rotations-Tiefdruckverfahrens zum Teil gewachsen sein. Einige ausgestellte Drucke auf Mattpapier überzeugten die Anwesenden von der Richtigkeit der Ausführungen. Mattpapiere von J. W. Zanders, Bergisch-Gladbach wurden zum Versuch an die Anwesenden verteilt. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Der Vorsitzende dankte den Referenten. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles wurde noch eine Protestresolution gegen das vor einiger Zeit in der Stereotypie-Vereinigung gehaltene Referat von R. Rot Essen über seine Erfindung »Zinkogravüre« einstimmig angenommen. Kollege Moroni bewies in der Diskussion, daß diese »Erfindung« ganz auf unserem Beruf beruht und nichts von einer neuer Erfindung zu spüren war. Wir treten derartigen Erfindern entschieden entgegen, da die Gehilfenschaft in der Regel dafür verantwortlich gemacht wird, wenn auf Grund der Gebrauchsanweisungen gute und rentable Resultate nicht erzielt werden.

Leipzig (Lichtdr.). Am 6. Mai fand unsere Monatsversammlung statt. Leider ließ der Besuch auch diesmal viel zu wünschen übrig. Der Vorsitzende referierte über den am 9. und 10. Juli in Weimar tagenden Bezirkstag und seine Bedeutung. Die Stellungnahme zu Abänderungsanträgen zum Bezirkstag für die Generalversammlung wurde in Anbetracht der kurzen Zeit auf die nächste Versammlung vertagt. Sodann kam das vom Tarifamt zu unseren Ungunsten gefällte Urteil über die Lehrlingsklage der Firma Dr. Trenkler zur Sprache. Der Fall zeigt, daß auf ein objektives Urteil trotz der klaren und deutlichen Fassung unserer Paragraphen wegen folgender Tatsache kaum zu rechnen ist. Es dürfte die gesamte Kollegenschaft interessieren, zu erfahren, daß sich die Geschäftsführung des Tarifamtes trotz der Verlegung nach Dresden noch weiterhin in den Händen des Herrn Dr. Stein in Leipzig befindet. Schon daraus ist zu ersehen, daß das bestehende Tarifamt kein solches in unserem Sinne ist. Es steht unter dem Einfluß des Bundes der Lichtdruckanstalten, der ihm um keinen Preis aus der Hand zu geben gewillt ist. Unter scharfem Protest wurde diese Maßnahme der Geschäftsführung gebührend gekennzeichnet. Um angeblich weiterhin ein günstigeres Arbeitsfeld zu erhalten, beabsichtigt das Tarifamt die Einziehung des Leipziger Gehilfenkreisvertreters, was eine neue Kreisteilung bedingt, wozu das Tarifamt, dem keinerlei Auftrag dazu übertragen wurde, nicht befugt ist. An uns liegt es, aufzuwachen, damit derartige Maßnahmen und Uebergriffe nicht erfolgen. Sorgen wir dafür und zeigen wir durch einmütigen Protest, daß wir nicht gewillt sind, uns weiterhin als Spielball von den Unternehmern gebrauchen zu lassen.

Leipzig (Technische Vereinigung für Photochemigraphie). Ueber »Geschichte, Theorie und Praxis der Photographie in natürlichen Farben« hielt am 11. Mai der Direktor des Photo-Kunst-Salons in Leipzig, Herr Paul Faulstich, einen durch Lichtbilder erläuterten Vortrag. Er war äußerst stark besucht, ein Beweis dafür, daß heute alles gespannt auf die Weiterentwicklung der Photographie in natürlichen Farben sieht. Der Vortragende erklärte zunächst theoretisch die Zerlegung des weißen Lichtes durch das Prisma, desgleichen die Ausschaltung von Farben durch Filter und ging dann näher auf die Vorläufer in der Farbenphotographie ein, so auf das auf farbigen

Rasterlinien beruhende Verfahren von Max Dounaught in Chicago und Jolli in Dublin. Er wandte sich dann den Autochromverfahren der Gebrüder Lumière zu und erläuterte eingehend die Herstellung der Lumière Untergrundplatten. Auch ist es den Vortragenden gelungen, ein vereinfachtes Entwicklungsverfahren der Autochromplatte auszuprobieren; desgleichen führte er einige von ihm selbstgemachte Versuche mit einem neuen Untergrund für Autochromplatten vor. Die Ausführungen wurden unterstützt durch Projektion einer großen Zahl von Autochromaufnahmen, teilweise von dem Vortragenden selbst aufgenommen, doch hatten auch die Gebrüder Lumière in dankenswerter Weise eine Anzahl prächtvolle Aufnahmen zur Verfügung gestellt. An den Vortrag schloß sich ein Rundgang durch die Räume des Photo-Kunst-Salons an, in welchem an diesem Abend eine Ausstellung von Reproduktionen nach Autochromaufnahmen stattfand. Der Photo-Kunst-Salon will Sinn und Liebe für künstlerische Photographie wecken. Er will dies erreichen durch Vorträge auf allen Gebieten der Photographie und durch Ausstellung von künstlerisch wertvollen Aufnahmen.



Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralnachweis: Wilhelm Hünlein, Berlin N. 28. Anklamerstr. 27, 1. — Telefon-Amt III. 5246.

An unsere Kollegen!

Der Verein photographischer Mitarbeiter Oesterreichs in Wien ist dem Internationalen Bund der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe beigetreten. Auf Grund des internationalen Status sind künftig alle nach Oesterreich-Ungarn zureisenden Verbandsmitglieder unseres Berufes verpflichtet, zu dieser Organisation überzutreten, andernfalls sie ihrer bis dahin in unserm Verband erworbenen und bei ihrer Rückkehr nach Deutschland wieder in Wirksamkeit tretenden Rechte verlustig gehen. Wir hoffen, in absehbarer Zeit durch weiteren Ausbau der Gegenseitigkeit der gesamten Kollegenschaft weitere Vorteile bieten zu können. Die Adresse ist wie oben Wien 12/IV.

Die Zentralkommission der Photographen. I. A.: Wilh. Hünlein.

Monatsschau.

P. W. S. gescheitert. Der gute Tan. Opfer der Krisis. N. P. G. Bilanz. Schwier'gehe Beurlteilung. Stillstand im Beruf. Schandlöhne und Lehrlingsrichter. Schwarze Listen in Holland. Organisationsfortschritte in Oesterreich. Nutzlosigkeit der Handwerkskammer. Persönliches Interesse.

Der »Photographisch-wirtschaftliche Schutzverband« ist nicht zu Stande gekommen. Das Kukuksei, das die Herrn Hackl und Gädicke den deutschen Photographen einerseits und den Fabrikanten und Händlern andererseits ins Nest legen wollten, ist am 14. und 15. April 1910 auf der Tagung in Frankfurt a. M. gebrochen. — Die bösen Fabrikanten photographischer Artikel machten einfach nicht mit, trotzdem die drei leitenden Personen der photographischen Arbeitgebervereine sich schon alles in ihrer Art zurecht gelegt hatten. Also es bleibt beim Alten und im Lager der Arbeitgeber traut einer der Herren dem anderen noch weniger wie vorher.

In allen möglichen Tonarten wird der P. W. S. von dem einen totgeschrieben, von dem anderen als der Phönix, der aus der Asche steigt, gepriesen. Auch Herr Titzenthaler, der Vorsitzende des Berliner Vereins, zeigte sich als enfant terrible und mußte sich von Herrn Schwier sagen lassen, daß er »wenig parlamentarische Routine« besitze. Auch schreibt Herr Schwier, »einsichtige Photographen« ließen sich hoffentlich nicht durch »derartige plumpe Rodomontaden einschüchtern«. Dabei gibt man wieder Proben des sogenannten »guten Tones«, woran man sieht, daß dieser auch ohne die Gehilfen zum Ausdruck kommt. Daß es gerade Herr Titzenthaler sein muß, der den P. W. S. so sehr totschlägt, muß seinen Anhängern sehr schmerzlich sein. Trotzdem haben eine Reihe der Herren immer noch die Hoffnung, daß die Fabrikanten doch endlich mitmachen würden.

Während nun die ganze schöne Arbeit umsonst war, liegen die Verhältnisse für eine große Zahl Atelierinhaber nicht rosig und gerade unser Beruf braucht eine Regulierung, wenn nicht eine große Zahl von Existenzen, sowohl Arbeiter, wie Arbeitnehmer, zu Grunde gehen soll. Seit die Warenhäuser, vor allen Jandorf, den Atelier-Betrieb so sehr eingeschränkt, ist die Zahl der arbeitslosen Kollegen außerordentlich groß, und so mancher mag vom Beruf abgegangen sein. Es zeigt sich auch hier, wie der Kapitalismus mit Existenzen spielt. Die Bau-Photographie, eigentlich nur Reklame, bot ein bis zweihundert Kollegen einige Jahre Verdienst, und nun sind diese zum großen Teil einseitig gewordenen Kollegen auf einer ständigen Jagd. Die hohen Löhne der Warenhäuser und der Rotationsbetriebe sind längst nicht mehr. Frühere Inhaber größerer erstklassiger Ateliers sind heute froh, in Großbetrieben gegen sehr mäßige Bezahlung Unterkunft zu finden. Die Krisis hat so manchem Photographen übel mitgespielt.

